

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gesamtnummer: 25 241
Nur für Nachdruck: 20 011.

Lobeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Schreiberei und Buchbinderei:
Marienstraße 36/40.
Stadt u. Verlag von Giesch & Seidel in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Jutragung oder durch die Post | Anzeigen-Preise. Die April. 32 mm breite Seite 6 M. Mit Familienanzeigen, Anzeigen unt. Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1 Pf. Bei täglich zweimaligem Versand monatlich 25.- M., vierteljährlich 75.- M., halbjährlich 135.- M., jährlich 250.- M. Vorzugsplätze laut Tarif. Anzeigen gegen Vorzuschießen. - Einzelnummer 1,50 M. Nachdruck nur mit drucklicher Genehmigung „Dresdner Nachr.“ möglich. - Unberechtigter Nachdruck wird nicht erbeten.

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten, Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

BANKHAUS HERMANN SCHULZ,
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher: 14026, 14034, 14035 | 12 Schreibergasse 12 Fernverkehr 20804
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Belvedere Hotel u. Blesch
Brühlsche Terrasse
4-7 Uhr. Konzert
8-12 Uhr. Kleinkunstbühne
4-7 Uhr. Konzert
8-12 Uhr. Haltere Künstlerabende
Weinrestaurant - Bar
Frühstückerstube

Anerkennung der Sowjetregierung?

England und Italien zur Anerkennung entschlossen.

(Spezialbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Genève, 5. Mai. Die französische Delegation hat, wie zuverlässig verlautet, dem L'Union d'Oran mitgeteilt, daß Lord George und Schanzer sich entschlossen haben, die Sowjetregierung de jure anzuerkennen. Die französische Delegation soll daraufhin aus Paris erfahren haben, daß Frankreich die Frage der Anerkennung der Sowjets von der Verhandlung der anderen Verträge, besonders über den Burgfriedenvertrag, abtrennen wünscht. Eine de jure-Anerkennung der Sowjets würde noch nicht bedeuten, daß Frankreich, auch die Verhandlungen über den Burgfriedenvertrag abbricht.

Paris, 5. Mai. Davos meldet aus Genève: Es bestätigt sich, daß Lord George und Schanzer beschlossen haben, sofort das Studium über die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung vornehmen zu lassen, augenscheinlich um die jetzt fällige werdende Entscheidung der Russen über das Memorandum günstig zu beeinflussen. Zu diesem Zweck wurde innerhalb der englischen und italienischen Delegation ein Ausschuß gebildet, der eine Anerkennungsformel auszuarbeiten soll. Diese beiden Ausschüsse haben gestern unabhängig voneinander Arbeit.

Die Fragen der Garantien.

Die Fragen der Garantien, die Russland für die vom Auslande eventuell bewilligten Kredite bieten können, seien in der Denkschrift summarisch dargestellt. Die Garantien betreffen in den Staatseinnahmen, Zöllen, Erträgen der Ausfuhr (die Ausfuhr ist in Russland Monopol des Staates) und schließlich eine große Anzahl von Garantien enthalten in verschiedenen Konzeptionen für die Landwirtschaft, Industrie usw., die die russische Regierung den ausländischen Kapitalisten gewähren würde.

Vor einem italienisch-russischen Abkommen?
Paris, 5. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Antarctique“ in Genève telegraphiert, alles deutet darauf hin, daß ein Abkommen zwischen Rom und Moskau vor dem nächsten Jahre. (S. Z. A.)

Der europäische Friedenspakt Lond Georges.

Die Tage von Genève neigen sich dem Ende zu. Die Erklärungen und Beschlüsse deuten darauf hin. Paris, 5. Mai. Die Erklärungen und Beschlüsse deuten darauf hin. Paris, 5. Mai. Die Erklärungen und Beschlüsse deuten darauf hin. Paris, 5. Mai. Die Erklärungen und Beschlüsse deuten darauf hin.

Eine russische Denkschrift über die innere Lage

3 1/2 Milliarden Kreditbedarf. - Die industrielle Umstellung Rußlands. - Staatseinnahmen und Zölle als Garantien.
Genève, 5. Mai. (Spezialbericht des W. Z. A.) Der russische Delegierte Malowitski hat dem Präsidenten der Finanzkommission eine lange Denkschrift überreicht, in der er die der Unterkommission für Kreditfragen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Rußlands gegebene Darstellung ergänzt. Die Denkschrift verzeichnet vor allem die von der Sowjetregierung getroffenen Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, Unterdrückung der Monopolisten der Ernten, Proklamierung der Handelsfreiheit, Ueberlassung von Parzellen an die Bauern auf acht Jahre und Zulassung der Lohnarbeit. Die Maßnahmen der Sowjetregierung konnten leider die verheerenden Wirkungen der Hungersnot nicht verhindern. Die Sowjetrepublik handelt dem schweren Problem gegenüber, den Hunger zu bekämpfen und gleichzeitig Saatgut für 1921 und 1922 sicherzustellen. Wie die Sowjetregierung verfährt, diese Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu überwinden, ergibt sich aus den Zahlen Malowitski in seiner Denkschrift. Im Vergleich zu der richtigen Aufgabe der Wiederherstellung der Landwirtschaft in Rußland seien die Hilfsquellen des Staates und des Landes unzureichend. Daraus ergabe sich die Notwendigkeit, vom Auslande Kredite zu erhalten.
Die unumgänglich notwendige Kreditsumme betrage 3 787 000 000 Goldrubel,
die in einem Zeitraum von drei bis fünf Jahren in der Landwirtschaft investiert werden müßte. Die Hauptreform, um zur Reorganisation der Staatsarbeiten zu gelangen, bestehe in der Dezentralisation. Jedes Werk oder jede Gruppe von Werken müsse heute selbst für den eigenen Betrieb Sorge tragen und eine eigene Bilanz haben. Die Verant-

Ein energischer Schrikt Lond Georges?

Berlin, 5. Mai. Einer Genuefer Meldung zufolge, die nach der Bestätigung bedarf, soll Lord George in sehr bestimmter Form der französischen Regierung erklärt haben, er bestehe darauf, daß das russische Memorandum sich nicht auf die russische Situation beschränke, sondern die gesamte Welt umfasse. Er würde es nicht mehr auf eine Verwirklichung des sogenannten „Projektos“ reduzieren können, das die Herabsetzung und definitive Regelung der Arzteeschulden vorsehe.
Rückreise Barthous mit begrenzten Anweisungen.
Paris, 5. Mai. „Deuvre“ teilt mit, daß Barthou mit genau begrenzten Anweisungen heute die Rückreise nach Genève antreten werde. Er werde nicht zulassen, daß das Problem des Handels oder Schulden behandelt würde. Es sei ihm ferner nochmals auferlegt worden, das Reparationsproblem nicht besprechen zu lassen. Außerdem werde Barthou den Grundgedanken verteidigen, daß alle in Genève unterzeichneten Abkommen nicht notwendigerweise die Unterdrückung aller in Genève vertretenen Staaten tragen müßten. So könnten also England und Italien sehr wohl die Sowjets de jure anerkennen, ohne daß die anderen Staaten verpflichtet würden. (S. Z. A.)

Die englische Presse zur Kanzlerbesprechung mit Lond George.

London, 5. Mai. Premier meldet aus Genève, es bestehe Grund zu der Annahme, daß Lord Georges geistige Unterhaltung mit Birch und Mathenau von großer Bedeutung war. Der britische Premierminister habe nachdrücklich Klage und Mahnung bezüglich der am 31. Mai fälligen deutschen Verpflichtungen angetragen.
„Manchester Guardian“ schreibt zu den Beratungen zwischen Lond George und den Deutschen, Deutschlands Rückkehr in den engeren Rat der Konferenz sei bemerkenswert. Es sei klar, daß Lond George die letzten Anstrengungen unternahme, um etwas Lohn und etwas aus Genève herauszuholen. Die absehende Haltung der französischen und der belgischen Delegation in der Frage des russischen Memorandums habe sich verhärtet. Die Zugeständnisse Lond Georges an die Belgier und die Franzosen seien vergeblich gewesen. Die Absichten Rußlands, Sonderabkommen mit jeder Nation auf der Konferenz abzuschließen, würden verhärtet. - Die „Times“ billigt die Haltung Belgiens und die Unterstützung, die ihm Frankreich zuteil werden läßt.
„Westminster Gazette“ schreibt, die Möglichkeit eines allgemeinen europäischen Übereinkommens mit Rußland komme jetzt nicht mehr in Frage. England dürfe jedoch die Verhandlungen mit Rußland nicht abbrechen, denn für England sei es nötig, daß Rußland wieder in den Kreis der mit England Handel treibenden Länder gebracht werde. Lond George würde nach Ansicht der liberalen Kreise, wenn er auf sich allein angewiesen wäre, das Risiko übernehmen, Rußland Kredit anzubieten. Lond George müsse aber mit seinem Schatzkanzler und anderen Kollegen rechnen. Weiter schreibt „Westminster Gazette“: Als Nation wäre England gern an Frankreichs Seite auch weiterhin geschritten. Man

Französische Sorgen.

Paris, 5. Mai. Der „Temps“ berichtet in seinem heutigen Leitartikel über die geistige Unterredung Lond Georges mit dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Außenminister Dr. Mathenau. Welt Frankreich Belgien, also die Alliierten verteidige, und weil es das Bestrecht, also die Zivilisation verteidige, bestehe Lond George, offensichtlich der deutschen Regierung die Hand zu reichen. Das Blatt fragt, ob Lond George hierdurch vielleicht Brüssel und Paris einschüchtern wolle. Es handle sich möglicherweise darum, England in die russisch-deutsche Kombination eintreten zu lassen.

Redungen Lond Georges an Deutschland.

Paris, 5. Mai. Nach hiesigen Mätern soll Lond George in der Unterredung mit Dr. Brüning und Dr. Mathenau erklärt haben, daß der alleuropäische Vertrag dazu dienen solle, Europa wiederherzustellen, wodurch auch ganz von selbst die Lage von Deutschland erleichtert werde. Am 5. Mai würden in Paris Verhandlungen über eine Anleihe für Reparationszwecke beginnen, an der auch amerikanische Finanzmänner teilnehmen würden. Er hoffe bestimmt, daß es ihm gelingen würde, diese Anleihe zuhandeln zu bringen. Daran würden sich Verhandlungen über eine Herabsetzung der deutschen Wiederherstellungszahlungen schließen. Er rechne zuverlässig mit einer Entspannung der Lage, die um so wahrscheinlicher sei, wenn Deutschland zunächst alles tue, um den Forderungen der Reparationskommission, soweit es in seinen Kräften stehe, zu entsprechen.

Die englische Presse zur Kanzlerbesprechung mit Lond George.

London, 5. Mai. Premier meldet aus Genève, es bestehe Grund zu der Annahme, daß Lord Georges geistige Unterhaltung mit Birch und Mathenau von großer Bedeutung war. Der britische Premierminister habe nachdrücklich Klage und Mahnung bezüglich der am 31. Mai fälligen deutschen Verpflichtungen angetragen.
„Manchester Guardian“ schreibt zu den Beratungen zwischen Lond George und den Deutschen, Deutschlands Rückkehr in den engeren Rat der Konferenz sei bemerkenswert. Es sei klar, daß Lond George die letzten Anstrengungen unternahme, um etwas Lohn und etwas aus Genève herauszuholen. Die absehende Haltung der französischen und der belgischen Delegation in der Frage des russischen Memorandums habe sich verhärtet. Die Zugeständnisse Lond Georges an die Belgier und die Franzosen seien vergeblich gewesen. Die Absichten Rußlands, Sonderabkommen mit jeder Nation auf der Konferenz abzuschließen, würden verhärtet. - Die „Times“ billigt die Haltung Belgiens und die Unterstützung, die ihm Frankreich zuteil werden läßt.
„Westminster Gazette“ schreibt, die Möglichkeit eines allgemeinen europäischen Übereinkommens mit Rußland komme jetzt nicht mehr in Frage. England dürfe jedoch die Verhandlungen mit Rußland nicht abbrechen, denn für England sei es nötig, daß Rußland wieder in den Kreis der mit England Handel treibenden Länder gebracht werde. Lond George würde nach Ansicht der liberalen Kreise, wenn er auf sich allein angewiesen wäre, das Risiko übernehmen, Rußland Kredit anzubieten. Lond George müsse aber mit seinem Schatzkanzler und anderen Kollegen rechnen. Weiter schreibt „Westminster Gazette“: Als Nation wäre England gern an Frankreichs Seite auch weiterhin geschritten. Man

In der Zeit und werden mit allen Anträgen und allen Mitteln geschickter Heberverteilung umfänglich.
In dieser Situation tun wir gut, den bevorstehenden Tagungen der Konferenz mit weniger rosigem Optimismus zu begegnen, als es der Präsident der Faeta zu Beginn der zweiten Volltagung zu tun beliebt. Wie tun gut, den Endeffekt, um den sich Lord George nun einmal nicht bringen lassen wird, den „neuen Frieden“, nicht von dem Standpunkte aus zu betrachten, wie er nach unserer Auffassung und nach den Forderungen der Vernunft sein müßte, sondern nach den Wahrscheinlichkeiten zu beurteilen, die die Ereignisse an die Hand geben. Und hier muß an erster Stelle festgehalten werden, daß Frankreich und mit ihm seine Verbündeten gar nicht daran denken, dem Geist eines neuen Friedens den Eingang zu verweigern. Der europäische Friedenspakt, wie sie ihn auffassen, muß eine feierliche Verpflichtung der bestehenden Verträge darstellen. Dem „Recht auf Sanctionen“, im Falle Deutschland sich einer Nichterfüllung seiner Verpflichtungen schuldig macht, darf nicht Abbruch getan werden. Die großen internationalen Verpflichtungen, durch die die Habsburger und Hohenzollern von Thronen entsetzt wurden, müssen erfüllt werden. Das sind so einige Punkte aus dem „Brotkrumenbuch“, den der französische Kabinettsrat dem „Gottesfrieden“ zugrunde gelegt hat. Auf diesem Wege kann sich „sein Gebilde gestalten“. Somit steht fest und es bedarf keiner Erörterung, warum ein Vertrag, der uns mit den alten Ketten von Versailles von neuem belastet, für Deutschland und die Welt einfach undenkbar ist. Aber ebenso gewiß wie diese Tatsache ist jene andere, daß Frankreich diese und ähnliche Forderungen sofort in die Debatte werfen wird, wenn man in Genua in nächster Stunde über den Abschluß des Friedenspaktes beraten wird. Dann wird es einzig auf die Haltung Lord Georges und auf die Ehrlichkeit seiner Friedenspläne ankommen, die allein die französischen Ansprüche zu nichte machen können. Die Londoner Wähler meinen, daß der englische Premier diesmal handhaft bleiben wird, ja, sie geben so weit, zu behaupten, Lord George trage sich mit dem Gedanken einer völligen Reorientierung seiner Bündnispolitik, wenn Poincaré die englischen Friedensabsichten zu sabotieren nicht aufhören sollte. Aber man kann diese Stimmen nicht vorsichtig genug aufnehmen; denn letzten Endes wird es Lord George doch darauf ankommen, die Zusammenhänge mit Paris zu wahren und das Wesen der französischen Neutralität im Orient nicht von neuem herauszubekommen. Es dürfte wohl also in der europäischen Friedensfrage ein englisches-französisches Kompromiß das wahrscheinlichere sein. Enthält dieses Kompromiß die Sanctions- und Unterjochungsklauseln des Versailler Vertrags, dann braucht man in London und Paris auf unsere Beteiligung daran nicht zu rechnen. Denn bleibt der eingeleitete deutsche Internationalismus dürfte in den letzten drei Jahren eingeleitet haben, daß es im Geiste von Versailles nicht weiter geht, und keine deutsche Regierung würde das Vertrauen des Volkes länger genießen, die Deutschland zum zweiten Male an ein Versailles schmiedet. Es bliebe dann für uns offen der Weg, den wir mit dem Rußland-Vertrag beschritten haben, nämlich die Begründung eines engen Bündnisbündnisses der unterliegenden und ausgeübten Mächte, die in ihrer Gesamtheit wohl ein Gegengewicht gegen die weltliche Entente darstellen würden. Das wäre eine Möglichkeit, an die man in Genua nachdrücklich denken müßte, wenn es dort doch noch zu Verhandlungen über einen allgemeinen europäischen Friedenspakt kommen sollte.

Der italienisch-türkische Vertrag im Unterhaus.

London, 4. Mai. Im Unterhaus kam gestern der italienisch-türkische Vertrag zur Sprache. Chamberlain erklärte auf eine Anfrage: Die italienische Regierung habe der britischen Regierung am 24. v. M. mitgeteilt, daß sie ein Abkommen mit der Regierung von Konstantinopel abgeschlossen habe, durch das sich diese verpflichtet, italienische Bemerkungen um bestimmte Konzessionen für Eisenbahnen, Bergwerke und öffentliche Arbeiten in Kleinasien in günstigem Sinne zu prüfen. Die italienische Regierung habe jedoch formelle Versicherungen abgegeben, daß das Abkommen keinerlei Zugeständnisse oder Zulagen ihrerseits enthalte, und habe versprochen, den Wortlaut des Abkommens so bald wie möglich der britischen Regierung mitzuteilen. Diese habe durch den englischen Botschafter in Rom am 27. v. M. bei der italienischen Regierung Vorstellungen erhoben. — Vord Robert Cecil fragte, welche Ursachen Mustafa Kemal zu solchen Versicherungen haben könnte. Ward fragte, ob Chamberlain nicht der Ansicht sei, daß in Anbetracht der geringen Rücksichtnahme der italienischen und der französischen Regierung auf die Interessen ihres Hauptalliierten es für Großbritannien in dieser Frage sehr an der Zeit sei, daß die britische Regierung beginne, Vereinbarungen ohne Rücksicht auf ihre Alliierten zu treffen, von denen sie derzeit ignoriert werde. Ein Abgeordneter rief dagegen: Rußland! (W. T. B.)

Amerikanische Schuldenmahnung an Frankreich.

Paris, 5. Mai. Am Quai d'Orsay ist, wie verlautet, eine neue amerikanische Note eingetroffen, die die Zurückzahlung der französischen Finanzschulden an Amerika in einem Zeitraum von 30 Jahren bei 4 Prozent Zinsen von 1922 ab verlangt.
Paris, 5. Mai. Dasas verbreitet zu der Mahnung Amerikas wegen der französischen Schuld ein Telegramm der „Associated Press“, wonach der französische Regierung der Text der amerikanischen Schuldenkonsolidierungsanleihe amtlich übermittelt worden sei. Man glaubt, daß man die französische Antwort wie folgt zusammenfassen könne: Frankreich hat die Absicht, alle seine Schulden zu bezahlen. Um dies zu tun, ist aber nötig, daß es sich selbst bezahlt machen kann, denn die Last des Wiederaufbaus ist so groß, daß es noch nicht möglich war, einen Referendum zur Amortisierung der Kriegsschulden zu schaffen, um so mehr, als Frankreich große Vorherrschaft auf das Wiederaufbaukonto machen mußte, die Deutschland noch nicht zurückzahlen hat.

Vorläufiges Bleiben der amerikanischen Truppen am Rhein.

Paris, 5. Mai. Der „New York Herald“ behauptet die Nachricht, daß ein Teil der amerikanischen Truppen später als vorgesehen war, vom Rhein zurückgezogen werden soll. In Regierungskreisen wird darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse in Europa so rasch wechselten, daß es unklar wäre, heute schon eine Entscheidung zu treffen, deren Tragweite über den 1. Juli hinaus reiche.
Paris, 5. Mai. Der „Tempo“ meldet, daß verschiedene Länder, darunter auch Deutschland, in Washington vorstellig geworden wären, um den Abtransport der letzten beiden amerikanischen Infanteriebataillone um mindestens einen Monat, d. h. bis zum 1. Juli, hinauszuschieben.

Die französischen Truppenverfälschungen.

Frankfurt a. M., 5. Mai. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Rom telegraphisch erfährt, hat gestern vormittag der Bürgermeister der Verreiter der umliegenden Gemeinden zusammenberufen und sie angewiesen, sich zur Einquartierung weiterer französischer Truppen bereitzustellen. (W. T. B.)

Verwundung eines belgischen Leutnants in Bonn.

Brüssel, 5. Mai. (Agence Belge.) Der belgische Leutnant Bronne wurde gestern in Domburg von zwei bewaffneten deutschen Zivilisten angegriffen und durch einen Wirtenschuß am Bein verwundet. (W. T. B.)

Vor dem Abschluß der Kommissionsarbeiten in Genua.

Die Befestigung der Inflationsschutzmaßnahmen

Genua, 5. Mai. In der Vormittagsung des Unterausschusses des Wirtschaftsausschusses lag der Erörterung ein deutscher Antrag zur Befestigung der Inflationsschutzmaßnahmen zugrunde. Der deutsche Antrag verlangt, daß nach dem Eintritt einer gewissen Stabilisierung die gegen die deutsche Ausfuhr und Währungsgründen erlassenen Beschränkungen fallen sollen. Eine Währungsfrist von 6 Monaten solle eingeführt werden. Solche Bewährungsfrist abgeben, so müßten die Länder nachweisen, daß sie den deutschen Währungsbedingungen gewähren. Der englische Vertreter schlug vor, diesem Gesichtspunkt des Ausgleiches zwischen dem inneren und äußeren Preisniveau nach dem Vorherrschen des deutschen Antrages Rechnung zu tragen. Der französische Delegierte sprach sich entschieden dagegen aus, daß die Währung eines Landes überhaupt zum Maßstab irgendwelcher Rückschlüsse gemacht werden dürfe. Schließlich schlug der holländische Vertreter, der sich grundlegend für den deutschen Antrag aussprach, vor, die Formulierung der gegenseitigen Meinungen nur im Protokoll festzusetzen, ohne in eine Abstimmung einzutreten. Der holländische Antrag wurde angenommen und dementsprechend verfahren. (W. T. B.)

Die Kommissionsberatung über die Arbeitslosenfrage.

Genua, 5. Mai. Dem ersten Unterausschuß der Wirtschaftskommission lagen Vorschläge des Ausschusses für die Fragen der Arbeit vor, insbesondere die deutschen Anträge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Im allgemeinen stellte sich die Kommission auf dem Boden der Vorschläge des Ausschusses, schwächte sie aber in einigen Punkten nicht unwesentlich ab. Insbesondere geschah dies bei Artikel 3 des Artikels 66. Dort hatte der Ausschuss für die Frage der Arbeit vorgeschlagen, daß den einzelnen Staaten empfohlen werden sollte, an der von der internationalen Arbeitskonferenz 1921 beschlossenen Untersuchung über die Arbeitslosigkeit mitzuwirken und dabei entsprechend den deutschen Vorschlägen den Rückwirkungen der Valuta-Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der einzelnen Länder besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Mehrheit der Kommission stellte sich jedoch auf den Standpunkt, es genüge eine allgemeine Untersuchung über die Arbeitslosigkeit der Welt anzuschließen, da eine solche auch das Valutaproblem berücksichtigen werde. Es wurde demgemäß beschlossen, den besonderen Hinweis auf die Rückwirkung der Valuta-Entwicklung auf den Arbeitsmarkt zu streichen. Ebenfalls gestrichen wurde von dem Arbeitsausschuß der auf Vorschlag Italiens eingeführte Artikel 66, der den Staaten die Förderung der gewerkschaftlichen Bestrebungen empfiehlt. (W. T. B.)

Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion.

Genua, 5. Mai. (Spezialbericht des W. T. B.) Ein amtliches Kommuniqué besagt: Die erste Unterkommission der Wirtschaftskommission trat heute vormittag um 10 Uhr zusammen. Zunächst wurden zwei von der belgischen und der französischen Delegation vorgeschlagene Artikel angenommen, in denen die Staaten aufgefordert werden, mit allen Mitteln die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Der Antrag, betreffend das Dumping und das Preisregime, wurde dem Völkerbund übergeben mit der Bitte, ihn möglichst bald zu prüfen. Darauf wurden die Artikel 60 und 61 des Berichtes der Sachverständigen von London mit einigen formalen Änderungen angenommen. Endlich kam ein Artikel zur Annahme, der von der italienischen Delegation beantragt worden war, und in dem der Völkerbund aufgefordert wird, im Zusammenwirken mit dem internationalen landwirtschaftlichen Institut die Aus-

führung der Resolutionen betreffend die Zolltarife, die Einfuhr- und Ausfuhrverbote, soweit sie dafür in Frage kommen, zu erledigen. Nachdem nunmehr die Unterkommission ihre Arbeiten beendet hat, wird sie heute nachmittag einen Bericht der Gesamtkommission zu einer Volltagung vorlegen.
Deutschland und Rußland gegen Enquêtes des Völkerbundes.

Genua, 5. Mai. Die Dritte Kommission für Wirtschafts- und Handelsfragen hat in ihrer heutigen Nachmittagsung alle von der Ersten Unterkommission vorgelegten Beschlüsse angenommen. Einige Staaten haben die Vorbehalte, die sie schon in der Unterkommission gemacht haben, wiederholt. Von Bedeutung ist hierbei ein Vorbehalt Deutschlands und Rußlands dagegen, daß der Völkerbund mit gewissen Enquêtes beauftragt werden soll. Zur Frage der Arbeitsbeschäftigung wurde ausdrücklich festgestellt, daß die entsprechenden Beschlüsse der Kommissionen weitergehenden Zusammenschlüssen, insbesondere Konventionen, nicht vorgreifen sollen. Die Beschlüsse der Wirtschaftskommission werden nunmehr in der nächsten Woche einer Volltagung der Konferenz zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. (W. T. B.)

Eine jugoslawische Erwiderung an Tschischerin.

Genua, 5. Mai. (Spezialbericht des W. T. B.) Die jugoslawische Delegation hat am 4. Mai an Tschischerin einen Brief gerichtet, in dem es unter Bezugnahme auf den Brief Tschischerins an Schöner vom 2. Mai u. a. heißt: Die russische Behauptung, in Jugoslawien würden die nationalen Minderheiten unterdrückt, entspricht nicht den Tatsachen. Alle im jugoslawischen Reich vereinigten slavischen Nationen sprachen ausdrücklich den Wunsch aus, integrierende Teile ein und derselben Nation zu sein. Besonders gelte dies von Montenegro, dessen Nationalverfassung die Vereinigung von Montenegro und Serbien und damit mit Jugoslawien proklamierte. Ebenso wird die in dem Briefe enthaltene Behauptung, daß zwischen Jugoslawien und Rumänien einerseits und General Wrangel andererseits ein Vertrag abgeschlossen worden sei, der einen Angriff auf die Ukraine bewirke, kategorisch dementiert. Die Politik Jugoslawiens in der russischen Frage habe zur Richtlinie die Beobachtung einer strikten Neutralität.

Polnisch-russische Besprechungen.

Genua, 5. Mai. (Spezialbericht des W. T. B.) Gestern hatten Tschischerin und Skirniak anlässlich eines gemeinsamen Essens eine politische Besprechung. Wie verlautet, galt die Unterhaltung vor allem dem Verträge von Riga.

Frankreichs Pläne in der Ukraine.

Wien, 5. Mai. Wie die „Deutschösterreichische Tageszeitung“ von autunnerrichteter Seite aus Budapest meldet, berette Frankreich im Verein mit Polen und Rumänien eine Aktion zur wirtschaftlichen Durchdringung der Ukraine vor. Hierzu sei bereits ein französisch-belgisches Syndikat gebildet, das sich der Unterstützung der französischen Regierung und des Generalstabes erfreue. Ein von französischer Seite unterhaltenes Werbebüro in Wien habe bereits mehrere hundert ukrainische und rumänische Offiziere nach Rumänien geschickt. Polen und Rumänien mobilisierten trotz des Demontis zwei Jahrgänge, um Frankreich militärisch zu unterstützen. Auch Petliura hegte nach den französischen Plänen wieder zur Verfügung. Der Belletts Wrangel wird erwartet. Das nächste militärische Ziel ist Odessa. (W. T. B.)

Eine neue Verordnung über den Luftfahrzeugbau.

Berlin, 5. Mai. Die Reichsregierung hat heute eine neue Verordnung über den Luftfahrzeugbau erlassen, wonach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Beschränkung des Luftfahrzeugbaues vom 29. Juni 1921 aufgehoben wird. Der Luftfahrzeugbau besteht, hat innerhalb 14 Tagen nach Aufnahme des Betriebes dem Reichsverkehrsminister Anzeige zu machen. Jedermann ist verpflichtet, auf Verlangen Auskünfte über das von ihm hergestellte oder eingeführte Luftfahrzeuggerät zu erteilen. Der Reichsverkehrsminister und seine Beauftragten sind befugt, zur Ermittlung wichtiger Angaben Geschäftsbriefe, Geschäftsblätter und sonstige Urkunden einzusehen, die Räume zu beschlagnahmen und sie zu untersuchen, in denen Gegenstände oder Urkunden sich befinden oder zu vermuten sind.

Die Kommunistenausfälle im Preußenparlament.

Berlin, 5. Mai. Der Landtag beendete heute die Beratung der Anträge und Entwürfe zu den Demonstrationen vor dem Berliner Rathaus. Abg. Krüger, Potsdam (Soz.), wandte sich scharf gegen die Kommunisten, die mit bewussten oder unbewussten Unwahrheiten arbeiteten. Die Kommunisten hätten auf einen Gewaltstreik, dabei sei ihnen die Polizei das große Hindernis. (Lebhafte Unterbrechung bei den Kommunisten. Der Kommunist Max Knoll wird zur Ordnung gerufen.) Sie brauchen von Zeit zu Zeit solche Zusammenkünfte, darum riefen sie solche künstlich hervor. — Abg. Dr. Hohendorfer (Centr.) verurteilt namens seiner Fraktion, daß Wahlen auf die Straße gebracht werden, um die Entscheidung öffentlicher Körperlichkeiten zu beeinflussen. Ebenso scharf verurteilt er den Proteststreik. — Abg. Hartmann (Dem.) schloß sich der Verurteilung des kommunistischen Vorgehens unter dem Värm der Kommunisten an. Auf der linken wurde wiederholt gerufen: Pöbe, schamlose Verleumdungen! Vier kommunistische Abgeordnete wurden wegen solcher Zurufe zur Ordnung gerufen. Schließlich wurde unter erneutem großen Värm ein Antrag des arbeits Abg. Herold (Centr.) auf Schluß der Besprechung angenommen.

Das Soldatenland Belgien.

(Eigener Sonderbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Amsterdam, 5. Mai. Der holländische sozialistische Abgeordnete der Zweiten Kammer Kierckoff hat eine Reise durch Belgien gemacht und schreibt darüber im „Vorward“ u. a.: Es war noch viel schlimmer, als wir es uns vorgestellt haben. Das heutige Belgien ist viel militärischer, als das gewesene Preußen vor dem Kriege. Belgien ist ein Soldatenland geworden. Alles ist militärisch, die Straßen, die Bäume, die überfüllten Kasernen, die ausgebauten Forts, und nicht nur Erwachsene, auch Kinder. Man sieht keine Straßen in kleinen belgischen Offiziersuniformen herumgehen. Das ganze Volk ist militärisiert. Fragt man die Leute, was sie aus dem letzten großen Kriege gelernt haben, so sagen sie: Wir müssen auf der Hut sein, denn wenn wir nicht aufpassen, so greift Deutschland uns in zehn Jahren wieder an.

Polen lehnt den Abrüstungsvorschlag des Völkerbundes ab.

Warschau, 5. Mai. Der polnische Generalstabeschef stellt in der militärwissenschaftlichen Gesellschaft in Anwesenheit von Regierungsvorstreitern, Parlamentariern und Militärs einen Vortrag, in dem er ausführte, daß der Vorschlag der Abrüstungskommission des Völkerbundes, Polen solle bis zu einem aktiven Bestand von 120 000 Mann abrüsten, für Polen unannehmbar sei. Polen brauche gegen Rußland mindestens 275 000 Mann. Bloß zum beschützenden Grenzschutz. Eine letzte veröffentlichte Regierungsverordnung verleiht die Entlassung der Jahrgänge 1899 und 1900 um mehrere Monate.

Vertreter von Sinnes und Kirisch-Kupfer in Moskau.

Paris, 5. Mai. Nach einer Sondermeldung aus Pondon hat die russische Handelsdelegation in Genoa ein Moskauer Telegramm mitteilt, in dem es heißt: Die Vertreter von Hugo Sinnes, Kirisch-Kupfer usw. sind im Augenblick in Moskau, um ein besonderes Abkommen mit Rußland zu treffen.

Die Kommunistenausfälle im Preußenparlament.

Berlin, 5. Mai. Der Landtag beendete heute die Beratung der Anträge und Entwürfe zu den Demonstrationen vor dem Berliner Rathaus. Abg. Krüger, Potsdam (Soz.), wandte sich scharf gegen die Kommunisten, die mit bewussten oder unbewussten Unwahrheiten arbeiteten. Die Kommunisten hätten auf einen Gewaltstreik, dabei sei ihnen die Polizei das große Hindernis. (Lebhafte Unterbrechung bei den Kommunisten. Der Kommunist Max Knoll wird zur Ordnung gerufen.) Sie brauchen von Zeit zu Zeit solche Zusammenkünfte, darum riefen sie solche künstlich hervor. — Abg. Dr. Hohendorfer (Centr.) verurteilt namens seiner Fraktion, daß Wahlen auf die Straße gebracht werden, um die Entscheidung öffentlicher Körperlichkeiten zu beeinflussen. Ebenso scharf verurteilt er den Proteststreik. — Abg. Hartmann (Dem.) schloß sich der Verurteilung des kommunistischen Vorgehens unter dem Värm der Kommunisten an. Auf der linken wurde wiederholt gerufen: Pöbe, schamlose Verleumdungen! Vier kommunistische Abgeordnete wurden wegen solcher Zurufe zur Ordnung gerufen. Schließlich wurde unter erneutem großen Värm ein Antrag des arbeits Abg. Herold (Centr.) auf Schluß der Besprechung angenommen.

Müller-Brandenburg wieder an der Thüringischen Fuhrerkrippe.

Wie uns aus Weimar gemeldet wird, ist der satfam bekannte ehemalige Genbarmerie-Major und Chef der Thüringischen Landespolizei Müller-Brandenburg wieder im weimarischen Staatsministerium angestellt worden und zwar zunächst als Hilfsarbeiter im statistischen Amt, um natürlich in absehbarer Zeit mit dem Titel eines Regierungsrats etatsmäßig angestellt zu werden. Das gegen Müller schwebende Hochverratsverfahren vor dem Reichsgericht ist immer noch im Gange, denn erst in den letzten Tagen wurden Zeugen aus Weimar nach Weimar geladen.

Beamtenbesoldung und Tarifserhöhung.

Berlin, 5. Mai. Nach den Erklärungen des Ministerialdirektors v. Schilleben im Beamtenauschuß des Reichstages wird die Regierung den Entwurf über die Erhöhung der Prozentualsteuerungszulagen und des Kopfschickes in der Höhe zugehen lassen, wie sie in den Organisations in den zweitklassigen gehalteten Verhandlungen festgelegt worden sind. Nach den genannten Verhandlungen werden die Mehrerhöhungen rund 51 Millionen den Betrogen aus und es wird deshalb notwendig sein, sämtliche Tarife entsprechend zu erhöhen. Besonders bei der Post dürfen aber mal die erhebliche Erhöhungen der Gehältern vorgenommen werden. Die Post wird wahrscheinlich gezwungen sein, die Kosten für einen Fernbrief auf 8 Mt. zu erhöhen.

Ueber den Entwurf zur Erhebung einer Zwangsanleihe der dem Reichsrate vorgelegt wird, erfahren wir folgende Einzelheiten: Die ersten 100 000 Mt. Vermögen sind steuerfrei, bei höheren Vermögensbeträgen sollen die Sätze der Reichsvermögenssteuer mit Zuschlägen Anwendung finden. Diese neuen Anleihezuschläge betragen für die ersten 250 000 Mt. 4 Prozent, für die zweiten 6 Prozent, für die dritten 8 Prozent, darüber hinaus 10 Prozent.

Zum 70. Geburtslage Dr. Mehnerts.

Ein bedeutendes Leben erreicht am 7. Mai den beendeten Höhepunkt, den das 70. Lebensjahr darstellt. Seine Geburtsstadt, Weimer, hat Dr. jur. et med. h. c. Paul Mehnert, eine Größe unseres Sachsentums, feiert diesen Geburtstag, der nur verhältnismäßig wenigen Sterblichen beschieden ist, und den vollends in dem vortrefflichen geistigen und körperlichen Frische zu begehen nur eine ganz kleine und erlesene Zahl von Staubgebornen sich rühmen kann. Dr. Mehnerts Lebenslauf war ein heter organischer Aufstieg zum Erfolge. Nach vollendetem Studium der Rechte in Leipzig und Bonn trat er in den Justizdienst ein und wandte sich der Rechtsanwaltschaft zu. Im Jahre 1885 wurde er zum Vorsitzenden des Direktoriums des Landwirtschaftlichen Kreditvereins als Nachfolger seines Vaters, des Oekonomierates Karl Mehnert, der den Verein gegründet hatte, gewählt. In demselben Jahre trat Dr. Mehnert durch seine Wahl zum Mitgliede der Zweiten Ständekammer auch in das politische Leben Sachsens ein, in dem er sehr reich an einer führenden Stellung emporstieg und diese lange Jahre hindurch behauptete. Im Jahre 1900 übernahm er das Präsidium der Zweiten Kammer und 1909 berief ihn der König in die Erste Kammer. Seit 1909 ist er Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates und seit 1908 dessen zweiter Vizepräsident.

Die hervorragende Begabung Dr. Mehnerts offenbarte sich sowohl in der Politik wie in seinem eigentlichen Betätigungsfeld, der Landwirtschaft. Die politische Epoche, die in der sächsischen Vergangenheit seinen Namen trägt, bildet einen der glücklichsten Abschnitte in Sachsens Geschichte. Alle berechtigten öffentlichen Interessen kamen dabei gleichmäßig zur Geltung, die Industrie wurde so gut wie die Landwirtschaft nach dem Maße ihrer Bedeutung gefördert, und von dem guten Einvernehmen zwischen der Rechts- und der gewerblichen Klassen zeugte das langjährige Kartellverhältnis, das Konjunktive und Nationalliberalen in Sachen auf der Grundlage der bürgerlichen Sammelpolitik gegenüber der Sozialdemokratie verleiht.

Seine ganze umfassende Schaffenskraft und seine tiefgründigen Kenntnisse widmete Dr. Mehnert ungeteilt der Landwirtschaft, als die veränderten Verhältnisse seiner politischen Wirksamkeit eine Schranke setzten. Im sächsischen Landeskulturrat, dem er seit 1900 angehört und dessen Vorsitzender er seit 1919 ist, erweist er sich eines Ansehens, wie es nur selten einmal einem einzelnen zuteil wird, aber auch außerhalb Sachsens ist sein Name in landwirtschaftlichen Kreisen hochgeachtet und seine hochmännliche Autorität höchlichst anerkannt. Zahlreiche Ehrenämter, die ihm durch das Vertrauen landwirtschaftlicher Kreise übertragen wurden, zeugen von der unbegrenzten Beliebtheit, deren sich Dr. Mehnert erfreut, und von der Zuversicht, die man in sein Können setzt. Eine so ausgezeichnete sachmännliche Kraft mußte selbstverständlich auch durch den Krieg auf den Plan gerufen werden, und so konnte es nicht ausbleiben, daß Dr. Mehnert zu seinen hervorragenden Verdiensten auch der Friedenszeit auch noch solche aus der Kriegswirtschaft flüßte, indem er den Vorsitz der Zentralstelle zur Bewältigung der Deeresverpflegung und später die Leitung der Reichsintermittellstelle übernahm.

Es ist ersichtlich, welche eine Fülle von hervorragenden Eigenschaften in Dr. Mehnert zusammenströmt. Ein eminentes organisatorisches Geschick vereint sich bei ihm mit einem militärischen Scharfsinn für die Erfassung des rechten Augenblicks und der rechten Mittel zu einem Unternehmen, und Kenntnisse von ungewöhnlichem Umfang befähigen ihn, jede von ihm in Angriff genommene Sache bis auf den Grund zu durchzuden und das Rite und Wider so abzuwägen, daß er den guten Ausgang sicher in der Hand hält. Man wird wohl nicht leicht ein Leben finden, in dem sich alles so ruhig, ziellos und wohlberaten abspielt, wie bei Dr. Mehnert. Dabei kam ihm eine feine Menschenkenntnis zuhelfen, die in ihrer Wirkung ergänzt wurde durch eine hochentwickelte Kunst der Menschenbehandlung. Dadurch sicherte sich Dr. Mehnert allgemein den Ruf eines hochbegabten Vermittlers des Guten, der mit einem Geschicksonderrichten Spannungen zu mildern und Gegenläufige auszugleichen verstand. So war Dr. Mehnert in seiner ganzen Laufbahn ein geborener Führer, dem auch die auerst Widerstrebenden sich am Ende gern fügten und unterordneten, weil seine Lebenswürdigkeit und Verbindlichkeit im persönlichen Verkehr unwiderstehlich waren. Parteipolitiker im engeren landläufigen Sinne ist Dr. Mehnert nicht gewesen und konnte er auch nach seiner ganzen großzügigen Persönlichkeit nicht sein, wenn er auch durch und durch mit konservativer Gesinnung erfüllt war. Sein ganzes Denken und Trachten war immer und ist noch heute in erster Linie streng national, und nur das findet seinen Belohnung und darf seiner Förderung sicher sein, was, am nationalen Maßstab gemessen, sich als gut und wertvoll erweist. So verführer Dr. Mehnert in seiner sympathischen Persönlichkeit die besten Traditionen des alten Regimes, dessen köstlicher Reiz wohl darin besteht, daß es solche Männer hervorbringt, die dem hochverdienten Manne noch eine sanftmütige, freundliche Abendsonne leuchten!

Verliches und Sächsisches.

Minister Heßlich und die Bergwerksunternehmer

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat folgende Anfrage eingebracht: Nach einem Bericht der Chemnitzer „Volkstimme“ vom 28. März hat der Reichsminister Heßlich in der Kreisverammlung des ehemaligen 19. Wahlkreises in Pagan geduldet: „Mengehre Gewinne belaufen die Kohlenbarone ein: in kurzer Zeit werden die Kohlen den 70fachen Preissteigerung kosten. In dieser Preissteigerung haben die Steigerungen der Bergarbeiterlöhne und Betriebskosten in keinem Verhältnis. Jede Preissteigerung drückt die Grubenherren zur Vergrößerung ihres Gewinnes. Wer gibt die Gewähr, daß die Preissteigerung wirklich zur Verbesserung des Betriebes verwendet werden? Wäre die Sozialisierung der Werke könnte hier Wandel schaffen.“ Ist der Bericht richtig? Wenn das der Fall, wie rechtfertigt der Minister diese Neuerungen und wie stellt sich das Gesamtministerium hierzu?

In diesem Zusammenhange sei auf die Auslassung des Bergbauischen Vereins für Böhmen und Böhmen-Devisen verwiesen, die wir im Sonnabend-Vorabendblatt wiedergegeben haben.

Die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten. Die drei sozialistischen Fraktionen haben den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, daß Gefes über die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten vom 10. Dezember 1921 dahingehend abzuändern, daß der Aufwand laufend gleichschreitend wird den Säben, die den Landtagsabgeordneten gezahlt werden.

Streik in den Brossfabriken.

Seit Freitag früh befinden sich die Bädergehilfen der Brossfabriken in Dresden und Umgebung im Streik. Wie wir hören, sind zurzeit Verhandlungen im Ministerium im Gange, von deren Ergebnis der Einfluß der Technischen Nothilfe abhängen wird.

Der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufe schreibt uns hierzu u. a.: Auf die am 10. April eingeleiteten Verhandlungen mit der Arbeitgebermilde zweimaliger Verhandlung kein befriedigendes Ergebnis erzielt. Auf Anrufung der streikenden Parteien wurde der Schlichtungsausschuß am 2. Mai einen Schlichtungsbericht, welcher einen Wochenlohn von 850 Mk. für Bäcker, 810 Mk. für Hilfsarbeiter und 500 Mk. für Arbeiterinnen brachte. Der Schlichtungsbericht wurde einstimmig von der Arbeiterkammer abgelehnt und in einer zweiten Versammlung am Donnerstag, den 4. Mai, der Streik gegen 15 Stimmen beschlossen. Die Forderungen der Gehilfenliste betragen 950 Mk. für Bäcker, 925 Mk. für Hilfsarbeiter und 650 Mk. für Frauen pro Woche.

Bezirksstag.

In der Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft Dresden-Altschade, die am Freitag unter Vorsitz des Stadtverordnetenvorsitzers Böckel (Freitag) tagte, fand zunächst der Haushaltsplan des Bezirksheimessaalhauses zur Beratung, der sich nach dem Vorschlage im Einnahmen und Ausgaben mit 2478 000 Mk. ausgleicht. Die Verpflegungskosten müssen von 20 auf 30 Mk. erhöht werden. Der Haushaltsplan wurde genehmigt, wodurch sich auch der Protest des Betriebsrates der Anstalt gegen die Anrechnung der Verpflegung für die Angestellten und Beamten in dieser Höhe erledigt. — Der Haushaltsplan für den Wohlfahrtspflegebezirk zeigte ebenfalls ein gewaltiges Ansehen der Bedarfsziffern, hauptsächlich infolge der erhöhten Beibehaltung. Für die Zwecke der Tuberkulosefürsorge sind 100 250 Mk. eingestellt (in Winterzeit und Saalbauern sollen neue Fürsorgeeinrichtungen eingerichtet werden), für die Kräftefürsorge 45 000 Mk., für die Berufsvormundschaft 98 000 Mk., für die Schulzahnspflege, die als vorbildlich für die sächsischen Bezirke bezeichnet werden darf, 88 000 Mk., für die gemeindliche Wohlfahrtspflege 80 000 Mk. usw. Der Haushaltsplan schließt mit einem Gesamtbedarf von 1 120 000 Mk., denen an Deckungsmitteln, an Erstattungen und Weibissen einschließlich des Ertrages der wesentlich erhöhten Schanferlaundsteuer nur 180 000 Mk. gegenüberstehen, so daß sich ein Zuschuß von 940 000 Mk. erforderlich macht, der durch Bezirksumlage aufgebracht werden soll. Nach kurzer Aussprache wurde auch dieser Haushaltsplan genehmigt. — Dann wurde in die Beratung des Haushaltsplanes für die Bezirksverwaltung auf das Rechnungsjahr 1922 eingetreten. Bedarf und Deckung gleichen sich hier mit 2 811 000 Mk. aus. Die Ziffern sind durch die Weiterentwicklung der Preisverhältnisse aller Voraussicht nach schon längst überholt, so daß mit größeren Nachforderungen zu rechnen ist. Die Deckung des Bedarfs ist wie folgt geplant: 845 000 Mk. Vermögenssteuer, 18 000 Mk. Jagdsteuer, 70 000 Mk. Kraftwagensteuer, 100 000

Mark Zinsen des Bezirksvermögens, 16 500 Mk. Beitrag des Stadtgemeindefonds Dresden laut Vertrag vom 21. November 1912 979 678 Mk. Umlage sämtlicher Bezirkegemeinden, 800 000 Mk. Beiträge vom Ministerium des Innern aus dem Ausgleichslohn, 980 287 Mk. Vergütung und Tilgung der Reichsschulden. Es soll eine allgemeine Bezirksumlage von 2,2 Prozent und ferner eine Umlage für den Wohlfahrtspflegebezirk in Höhe von 2,8 Prozent (bereits bildet einen Pflegebezirk), im ganzen von 5 Prozent erhoben werden. Der Haushaltsplan wurde mit der Abänderung genehmigt, daß der Betrag für die Sozialrentnerfürsorge von 70 000 auf 170 000 Mk. erhöht wurde. — In einer längeren Aussprache führte der Plan der Errichtung eines Kindererholungsheimes auf der Insel Gildensee, der aber in der letzten Verammlung des Verbandes der Bezirksverbände auf erhebliche Bedenken stoßen ist. Man beschloß, den Bezirksausschuß zu ermächtigen, im Falle einer günstigen Weiterentwicklung des Projektes sich mit etwa 15 Betten (die Kosten für ein Bett sind auf 25 000 Mk. geschätzt worden) zu beteiligen.

Zum Verkehrstruppen-Gedächtnislag.

Am heutigen Sonnabend treffen zum ersten Male in Dresden viele Hunderte von Angehörigen der früheren Verkehrstruppen zusammen, um das Gedächtnis ihrer im Weltkriege gefallenen Kameraden zu ehren, Erinnerungen an so manches erste, aber auch heitere Erlebnis im Felde und in der Garnison auszutauschen und alte Freundschaft zu erneuern. Die Verkehrstruppen können sich zwar an Tradition nicht mit den anderen Truppenteilen vergleichen, denn sie sind sämtlich jüngerer bzw. jüngsten Alters. Was bei dieser Waffe im Felde des Verkehrs jedoch den Mangel einer rühmlichen Geschichte vergessen läßt, ist ihre durch das ungestüme Fortschreiten der Technik und die Ausdehnung der Kriegsschauplätze bedingte beispiellose Entwicklung. Die Eisenbahner waren die ersten, die 1871 neu erkunden. Vor 35 Jahren wurden erstmals Sachsens Söhne zu den Verkehrstruppen ausgedient, als die sächsische Kompanie beim Eisenbahngregiment I am 1. April 1887 gegründet wurde. Als deutsche Abwehr immer neue Werte schuf, erkundete die Eisenbahner eine Schwerkraft, des Heres Auge hoch in der Luft, in den Luftschiffen, denen im Laufe des letzten Krieges die Flieger mit ihren unvergleichlichen Erfolgen den Rang freitragten. Eine der vielgestaltigsten Waffens und die Nachrichtentruppen; sie stellen gewaltigen Mannschaften des großen Heereskörper dar. Jüngsten Datums sind die Kraftfahrer und die Vermessungsabteilungen.

Die Verluste im Weltkriege waren der großen Anzahl von Formationen und dem starken Personalbestand der Verkehrstruppen entsprechend, wenn sie auch zahlenmäßig den der Infanterie nicht erreichten. Dafür war der Dienst und Einsatz dieser technischen Truppen ein anderer, und der größte Teil ihrer Angehörigen hat früher bei der unmittelbaren kämpfenden Truppe gekämpft, ist dort verwundet und erst später zur Verkehrstruppe versetzt worden. Was die Verkehrstruppen in den vier schweren Jahren von 1914 bis 1918 über ihre Pflicht getan, das haben unsere Feinde überall erfahren und jeder Feldzugsteilnehmer wird die wertvollen Leistungen gerade dieser Formationen rühmend zugehen müssen.

Sozialistischer Vortrag gegen den Kunze-Vortrag.

Die Ortsgruppe Dresden der Deutschen Sozialen Partei hatte für Freitag abend eine Versammlung nach dem Volkshaus einberufen, in der Stadterordneter Richard Kunze, Berlin, über das Thema „Wollen wir verhungern?“ sprechen sollte. Der Saal war lange vor Beginn der Versammlung völlig überfüllt. Der Vorsitzende befragte die Teilnehmer, ob sie die Not der Welt der Welt verstanden und ob sie einen Weg zur Rettung gefunden werden müßte. Diesen Weg werde der Vortragende zeigen. Man wolle ruhig zusammenarbeiten und auch diejenigen, die anderer Meinung seien, gern zu Worte kommen lassen. Darauf erbat und erhielt ein Verfallungsteilnehmer das Wort zur Geschäftsordnung. Er bezeichnete es als eine Schmach für die Dresdner Arbeiterkammer, Herr Kunze sprechen zu lassen (1) und forderte eine Abstimmung hierüber. Der Vorsitzende und mehrere andere Redner konnten sich nun kein Wort mehr verschaffen. Als dann Herr Kunze selbst zur Geschäftsordnung sprechen wollte, erhob sich ein ohrenbetäubendes Geräusch, und es wurde förmlich die Abstimmung verlangt, die der Vorsitzende auch vornahm. Anschließend die Mehrheit erklärte sich durch Handaufhebung dafür, daß Herr Kunze nicht sprechen dürfe. Das Verfallungsbüreau verließ darauf mit Herrn Kunze die Plätze, die sofort von Vertretern der drei sozialistischen Richtungen eingenommen wurden, ein Bemerk, daß die Sache wohl vorbereitet war. Es sprachen dann der Reichssozialist Stadterordneter Tempel, der Unabhängige Redakteur Edel und der kommunistische Landtagsabgeordnete Renner.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Hoffmanns Erzählungen“ (148). Schauspielhaus: „Der natürliche Vater“ (148). Neuhärdter Schauspielhaus: „Klein Dorrit“ (148). Reibend-Theater: „Der Tanz ins Glück“ (148). Central-Theater: „Der heilige Androschus“ (148).

† Veranstaltungen. Heute, Sonnabend, 7½ Uhr, Vereinsabend: Stammtischabend von Alexander Borowitsky.

† Sonnabend-Oper in der Kreuzkirche, nachmittags 6 Uhr. Präliminar-Oper. 1. Abt. 2. Abt. 3. Abt. 4. Abt. 5. Abt. 6. Abt. 7. Abt. 8. Abt. 9. Abt. 10. Abt. 11. Abt. 12. Abt. 13. Abt. 14. Abt. 15. Abt. 16. Abt. 17. Abt. 18. Abt. 19. Abt. 20. Abt. 21. Abt. 22. Abt. 23. Abt. 24. Abt. 25. Abt. 26. Abt. 27. Abt. 28. Abt. 29. Abt. 30. Abt. 31. Abt. 32. Abt. 33. Abt. 34. Abt. 35. Abt. 36. Abt. 37. Abt. 38. Abt. 39. Abt. 40. Abt. 41. Abt. 42. Abt. 43. Abt. 44. Abt. 45. Abt. 46. Abt. 47. Abt. 48. Abt. 49. Abt. 50. Abt. 51. Abt. 52. Abt. 53. Abt. 54. Abt. 55. Abt. 56. Abt. 57. Abt. 58. Abt. 59. Abt. 60. Abt. 61. Abt. 62. Abt. 63. Abt. 64. Abt. 65. Abt. 66. Abt. 67. Abt. 68. Abt. 69. Abt. 70. Abt. 71. Abt. 72. Abt. 73. Abt. 74. Abt. 75. Abt. 76. Abt. 77. Abt. 78. Abt. 79. Abt. 80. Abt. 81. Abt. 82. Abt. 83. Abt. 84. Abt. 85. Abt. 86. Abt. 87. Abt. 88. Abt. 89. Abt. 90. Abt. 91. Abt. 92. Abt. 93. Abt. 94. Abt. 95. Abt. 96. Abt. 97. Abt. 98. Abt. 99. Abt. 100. Abt. 101. Abt. 102. Abt. 103. Abt. 104. Abt. 105. Abt. 106. Abt. 107. Abt. 108. Abt. 109. Abt. 110. Abt. 111. Abt. 112. Abt. 113. Abt. 114. Abt. 115. Abt. 116. Abt. 117. Abt. 118. Abt. 119. Abt. 120. Abt. 121. Abt. 122. Abt. 123. Abt. 124. Abt. 125. Abt. 126. Abt. 127. Abt. 128. Abt. 129. Abt. 130. Abt. 131. Abt. 132. Abt. 133. Abt. 134. Abt. 135. Abt. 136. Abt. 137. Abt. 138. Abt. 139. Abt. 140. Abt. 141. Abt. 142. Abt. 143. Abt. 144. Abt. 145. Abt. 146. Abt. 147. Abt. 148. Abt. 149. Abt. 150. Abt. 151. Abt. 152. Abt. 153. Abt. 154. Abt. 155. Abt. 156. Abt. 157. Abt. 158. Abt. 159. Abt. 160. Abt. 161. Abt. 162. Abt. 163. Abt. 164. Abt. 165. Abt. 166. Abt. 167. Abt. 168. Abt. 169. Abt. 170. Abt. 171. Abt. 172. Abt. 173. Abt. 174. Abt. 175. Abt. 176. Abt. 177. Abt. 178. Abt. 179. Abt. 180. Abt. 181. Abt. 182. Abt. 183. Abt. 184. Abt. 185. Abt. 186. Abt. 187. Abt. 188. Abt. 189. Abt. 190. Abt. 191. Abt. 192. Abt. 193. Abt. 194. Abt. 195. Abt. 196. Abt. 197. Abt. 198. Abt. 199. Abt. 200. Abt. 201. Abt. 202. Abt. 203. Abt. 204. Abt. 205. Abt. 206. Abt. 207. Abt. 208. Abt. 209. Abt. 210. Abt. 211. Abt. 212. Abt. 213. Abt. 214. Abt. 215. Abt. 216. Abt. 217. Abt. 218. Abt. 219. Abt. 220. Abt. 221. Abt. 222. Abt. 223. Abt. 224. Abt. 225. Abt. 226. Abt. 227. Abt. 228. Abt. 229. Abt. 230. Abt. 231. Abt. 232. Abt. 233. Abt. 234. Abt. 235. Abt. 236. Abt. 237. Abt. 238. Abt. 239. Abt. 240. Abt. 241. Abt. 242. Abt. 243. Abt. 244. Abt. 245. Abt. 246. Abt. 247. Abt. 248. Abt. 249. Abt. 250. Abt. 251. Abt. 252. Abt. 253. Abt. 254. Abt. 255. Abt. 256. Abt. 257. Abt. 258. Abt. 259. Abt. 260. Abt. 261. Abt. 262. Abt. 263. Abt. 264. Abt. 265. Abt. 266. Abt. 267. Abt. 268. Abt. 269. Abt. 270. Abt. 271. Abt. 272. Abt. 273. Abt. 274. Abt. 275. Abt. 276. Abt. 277. Abt. 278. Abt. 279. Abt. 280. Abt. 281. Abt. 282. Abt. 283. Abt. 284. Abt. 285. Abt. 286. Abt. 287. Abt. 288. Abt. 289. Abt. 290. Abt. 291. Abt. 292. Abt. 293. Abt. 294. Abt. 295. Abt. 296. Abt. 297. Abt. 298. Abt. 299. Abt. 300. Abt. 301. Abt. 302. Abt. 303. Abt. 304. Abt. 305. Abt. 306. Abt. 307. Abt. 308. Abt. 309. Abt. 310. Abt. 311. Abt. 312. Abt. 313. Abt. 314. Abt. 315. Abt. 316. Abt. 317. Abt. 318. Abt. 319. Abt. 320. Abt. 321. Abt. 322. Abt. 323. Abt. 324. Abt. 325. Abt. 326. Abt. 327. Abt. 328. Abt. 329. Abt. 330. Abt. 331. Abt. 332. Abt. 333. Abt. 334. Abt. 335. Abt. 336. Abt. 337. Abt. 338. Abt. 339. Abt. 340. Abt. 341. Abt. 342. Abt. 343. Abt. 344. Abt. 345. Abt. 346. Abt. 347. Abt. 348. Abt. 349. Abt. 350. Abt. 351. Abt. 352. Abt. 353. Abt. 354. Abt. 355. Abt. 356. Abt. 357. Abt. 358. Abt. 359. Abt. 360. Abt. 361. Abt. 362. Abt. 363. Abt. 364. Abt. 365. Abt. 366. Abt. 367. Abt. 368. Abt. 369. Abt. 370. Abt. 371. Abt. 372. Abt. 373. Abt. 374. Abt. 375. Abt. 376. Abt. 377. Abt. 378. Abt. 379. Abt. 380. Abt. 381. Abt. 382. Abt. 383. Abt. 384. Abt. 385. Abt. 386. Abt. 387. Abt. 388. Abt. 389. Abt. 390. Abt. 391. Abt. 392. Abt. 393. Abt. 394. Abt. 395. Abt. 396. Abt. 397. Abt. 398. Abt. 399. Abt. 400. Abt. 401. Abt. 402. Abt. 403. Abt. 404. Abt. 405. Abt. 406. Abt. 407. Abt. 408. Abt. 409. Abt. 410. Abt. 411. Abt. 412. Abt. 413. Abt. 414. Abt. 415. Abt. 416. Abt. 417. Abt. 418. Abt. 419. Abt. 420. Abt. 421. Abt. 422. Abt. 423. Abt. 424. Abt. 425. Abt. 426. Abt. 427. Abt. 428. Abt. 429. Abt. 430. Abt. 431. Abt. 432. Abt. 433. Abt. 434. Abt. 435. Abt. 436. Abt. 437. Abt. 438. Abt. 439. Abt. 440. Abt. 441. Abt. 442. Abt. 443. Abt. 444. Abt. 445. Abt. 446. Abt. 447. Abt. 448. Abt. 449. Abt. 450. Abt. 451. Abt. 452. Abt. 453. Abt. 454. Abt. 455. Abt. 456. Abt. 457. Abt. 458. Abt. 459. Abt. 460. Abt. 461. Abt. 462. Abt. 463. Abt. 464. Abt. 465. Abt. 466. Abt. 467. Abt. 468. Abt. 469. Abt. 470. Abt. 471. Abt. 472. Abt. 473. Abt. 474. Abt. 475. Abt. 476. Abt. 477. Abt. 478. Abt. 479. Abt. 480. Abt. 481. Abt. 482. Abt. 483. Abt. 484. Abt. 485. Abt. 486. Abt. 487. Abt. 488. Abt. 489. Abt. 490. Abt. 491. Abt. 492. Abt. 493. Abt. 494. Abt. 495. Abt. 496. Abt. 497. Abt. 498. Abt. 499. Abt. 500. Abt. 501. Abt. 502. Abt. 503. Abt. 504. Abt. 505. Abt. 506. Abt. 507. Abt. 508. Abt. 509. Abt. 510. Abt. 511. Abt. 512. Abt. 513. Abt. 514. Abt. 515. Abt. 516. Abt. 517. Abt. 518. Abt. 519. Abt. 520. Abt. 521. Abt. 522. Abt. 523. Abt. 524. Abt. 525. Abt. 526. Abt. 527. Abt. 528. Abt. 529. Abt. 530. Abt. 531. Abt. 532. Abt. 533. Abt. 534. Abt. 535. Abt. 536. Abt. 537. Abt. 538. Abt. 539. Abt. 540. Abt. 541. Abt. 542. Abt. 543. Abt. 544. Abt. 545. Abt. 546. Abt. 547. Abt. 548. Abt. 549. Abt. 550. Abt. 551. Abt. 552. Abt. 553. Abt. 554. Abt. 555. Abt. 556. Abt. 557. Abt. 558. Abt. 559. Abt. 560. Abt. 561. Abt. 562. Abt. 563. Abt. 564. Abt. 565. Abt. 566. Abt. 567. Abt. 568. Abt. 569. Abt. 570. Abt. 571. Abt. 572. Abt. 573. Abt. 574. Abt. 575. Abt. 576. Abt. 577. Abt. 578. Abt. 579. Abt. 580. Abt. 581. Abt. 582. Abt. 583. Abt. 584. Abt. 585. Abt. 586. Abt. 587. Abt. 588. Abt. 589. Abt. 590. Abt. 591. Abt. 592. Abt. 593. Abt. 594. Abt. 595. Abt. 596. Abt. 597. Abt. 598. Abt. 599. Abt. 600. Abt. 601. Abt. 602. Abt. 603. Abt. 604. Abt. 605. Abt. 606. Abt. 607. Abt. 608. Abt. 609. Abt. 610. Abt. 611. Abt. 612. Abt. 613. Abt. 614. Abt. 615. Abt. 616. Abt. 617. Abt. 618. Abt. 619. Abt. 620. Abt. 621. Abt. 622. Abt. 623. Abt. 624. Abt. 625. Abt. 626. Abt. 627. Abt. 628. Abt. 629. Abt. 630. Abt. 631. Abt. 632. Abt. 633. Abt. 634. Abt. 635. Abt. 636. Abt. 637. Abt. 638. Abt. 639. Abt. 640. Abt. 641. Abt. 642. Abt. 643. Abt. 644. Abt. 645. Abt. 646. Abt. 647. Abt. 648. Abt. 649. Abt. 650. Abt. 651. Abt. 652. Abt. 653. Abt. 654. Abt. 655. Abt. 656. Abt. 657. Abt. 658. Abt. 659. Abt. 660. Abt. 661. Abt. 662. Abt. 663. Abt. 664. Abt. 665. Abt. 666. Abt. 667. Abt. 668. Abt. 669. Abt. 670. Abt. 671. Abt. 672. Abt. 673. Abt. 674. Abt. 675. Abt. 676. Abt. 677. Abt. 678. Abt. 679. Abt. 680. Abt. 681. Abt. 682. Abt. 683. Abt. 684. Abt. 685. Abt. 686. Abt. 687. Abt. 688. Abt. 689. Abt. 690. Abt. 691. Abt. 692. Abt. 693. Abt. 694. Abt. 695. Abt. 696. Abt. 697. Abt. 698. Abt. 699. Abt. 700. Abt. 701. Abt. 702. Abt. 703. Abt. 704. Abt. 705. Abt. 706. Abt. 707. Abt. 708. Abt. 709. Abt. 710. Abt. 711. Abt. 712. Abt. 713. Abt. 714. Abt. 715. Abt. 716. Abt. 717. Abt. 718. Abt. 719. Abt. 720. Abt. 721. Abt. 722. Abt. 723. Abt. 724. Abt. 725. Abt. 726. Abt. 727. Abt. 728. Abt. 729. Abt. 730. Abt. 731. Abt. 732. Abt. 733. Abt. 734. Abt. 735. Abt. 736. Abt. 737. Abt. 738. Abt. 739. Abt. 740. Abt. 741. Abt. 742. Abt. 743. Abt. 744. Abt. 745. Abt. 746. Abt. 747. Abt. 748. Abt. 749. Abt. 750. Abt. 751. Abt. 752. Abt. 753. Abt. 754. Abt. 755. Abt. 756. Abt. 757. Abt. 758. Abt. 759. Abt. 760. Abt. 761. Abt. 762. Abt. 763. Abt. 764. Abt. 765. Abt. 766. Abt. 767. Abt. 768. Abt. 769. Abt. 770. Abt. 771. Abt. 772. Abt. 773. Abt. 774. Abt. 775. Abt. 776. Abt. 777. Abt. 778. Abt. 779. Abt. 780. Abt. 781. Abt. 782. Abt. 783. Abt. 784. Abt. 785. Abt. 786. Abt. 787. Abt. 788. Abt. 789. Abt. 790. Abt. 791. Abt. 792. Abt. 793. Abt. 794. Abt. 795. Abt. 796. Abt. 797. Abt. 798. Abt. 799. Abt. 800. Abt. 801. Abt. 802. Abt. 803. Abt. 804. Abt. 805. Abt. 806. Abt. 807. Abt. 808. Abt. 809. Abt. 810. Abt. 811. Abt. 812. Abt. 813. Abt. 814. Abt. 815. Abt. 816. Abt. 817. Abt. 818. Abt. 819. Abt. 820. Abt. 821. Abt. 822. Abt. 823. Abt. 824. Abt. 825. Abt. 826. Abt. 827. Abt. 828. Abt. 829. Abt. 830. Abt. 831. Abt. 832. Abt. 833. Abt. 834. Abt. 835. Abt. 836. Abt. 837. Abt. 838. Abt. 839. Abt. 840. Abt. 841. Abt. 842. Abt. 843. Abt. 844. Abt. 845. Abt. 846. Abt. 847. Abt. 848. Abt. 849. Abt. 850. Abt. 851. Abt. 852. Abt. 853. Abt. 854. Abt. 855. Abt. 856. Abt. 857. Abt. 858. Abt. 859. Abt. 860. Abt. 861. Abt. 862. Abt. 863. Abt. 864. Abt. 865. Abt. 866. Abt. 867. Abt. 868. Abt. 869. Abt. 870. Abt. 871. Abt. 872. Abt. 873. Abt. 874. Abt. 875. Abt. 876. Abt. 877. Abt. 878. Abt. 879. Abt. 880. Abt. 881. Abt. 882. Abt. 883. Abt. 884. Abt. 885. Abt. 886. Abt. 887. Abt. 888. Abt. 889. Abt. 890. Abt. 891. Abt. 892. Abt. 893. Abt. 894. Abt. 895. Abt. 896. Abt. 897. Abt. 898. Abt. 899. Abt. 900. Abt. 901. Abt. 902. Abt. 903. Abt. 904. Abt. 905. Abt. 906. Abt. 907. Abt. 908. Abt. 909. Abt. 910. Abt. 911. Abt. 912. Abt. 913. Abt. 914. Abt. 915. Abt. 916. Abt. 917. Abt. 918. Abt. 919. Abt. 920. Abt. 921. Abt. 922. Abt. 923. Abt. 924. Abt. 925. Abt. 926. Abt. 927. Abt. 928. Abt. 929. Abt. 930. Abt. 931. Abt. 932. Abt. 933. Abt. 934. Abt. 935. Abt. 936. Abt. 937. Abt. 938. Abt. 939. Abt. 940. Abt. 941. Abt. 942. Abt. 943. Abt. 944. Abt. 945. Abt. 946. Abt. 947. Abt. 948. Abt. 949. Abt. 950. Abt. 951. Abt. 952. Abt. 953. Abt. 954. Abt. 955. Abt. 956. Abt. 957. Abt. 958. Abt. 959. Abt. 960. Abt. 961. Abt. 962. Abt. 963. Abt. 964. Abt. 965. Abt. 966. Abt. 967. Abt. 968. Abt. 969. Abt. 970. Abt. 971. Abt. 972. Abt. 973. Abt. 974. Abt. 975. Abt. 976. Abt. 977. Abt. 978. Abt. 979. Abt. 980. Abt. 981. Ab

